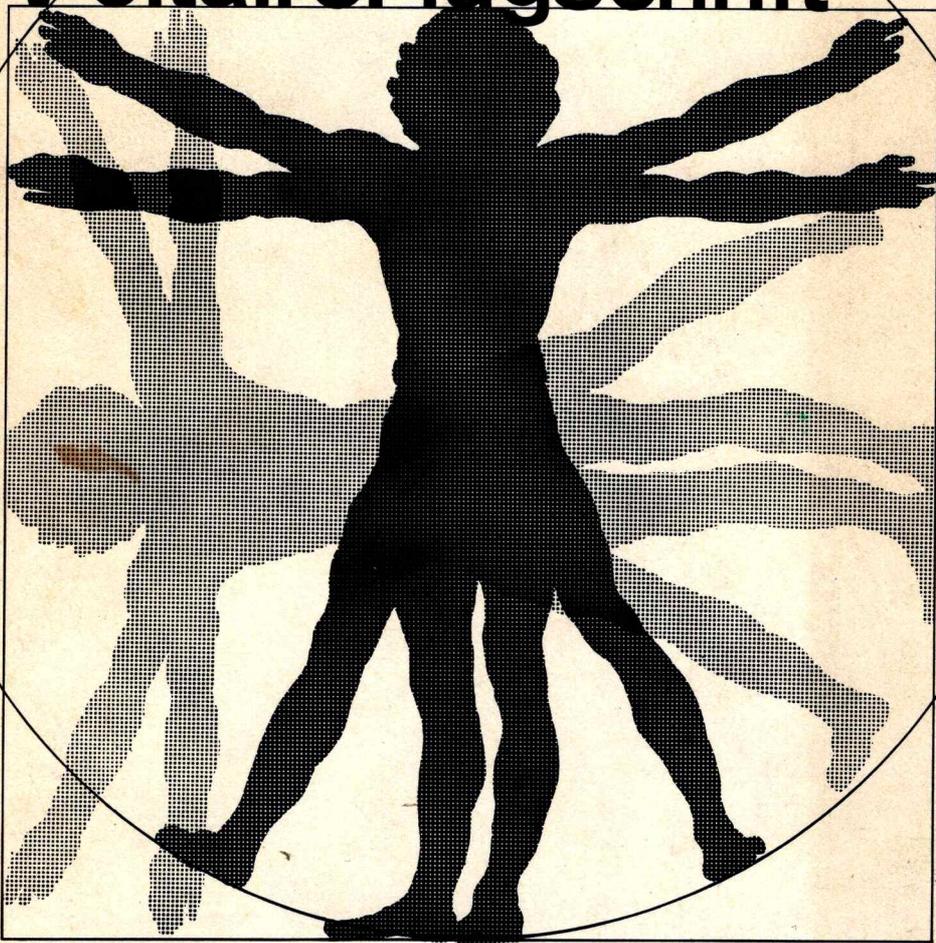


**Bedingungen und
Organisation des
Widerstandes. Der
Kongreß in Hannover
12**

VoltaireFlugschrift



Rudi Dutschke

Meine Damen und Herren, um Ihre Zeit nicht zu sehr in Anspruch zu nehmen, habe ich das ausgearbeitete Referat wesentlich gekürzt.

Mit der Verringerung der Möglichkeiten, die Schranken der Akkumulation durch Ausdehnung des kapitalistischen Feldes zu überwinden – die Welt ist aufgeteilt, die Dritte Welt hat ihren Kampf begonnen –, mit dem dadurch bedingten Ausmaß der Kapitalvernichtung, durch Rüstung, künstliche Aufblähung eines gigantischen Bürokraten- und Verwaltungsapparates, struktureller Arbeitslosigkeit, unausgenutzten Kapazitäten, Reklame etc., das heißt also mit dem Anwachsen der gesellschaftlichen toten Kosten, mit dem wachsenden Zurückbleiben der Produktionssteigerung hinter ihre technischen Möglichkeiten treten neue Tendenzen in der Dynamik des Klassenkampfes auf, verändert sich das traditionelle Theorie-Praxis-Verhältnis im Marxismus. Bei Professor Habermas kann es noch mit Marx so heißen: es genügt nicht, daß der Gedanke zur Wirklichkeit drängt, die Wirklichkeit muß zum Gedanken drängen. Das war richtig für die Zeit der transitorischen Notwendigkeit des Kapitalismus. Davon kann schon längst keine Rede mehr sein. Die materiellen Voraussetzungen für die Machbarkeit unserer Geschichte sind gegeben. Die Entwicklungen der Produktivkräfte haben einen Prozeßpunkt erreicht, wo die Abschaffung von Hunger, Krieg und Herrschaft materiell möglich geworden ist. Alles hängt vom bewußten Willen der Menschen ab, ihre schon immer von ihnen gemachte Geschichte endlich bewußt zu machen, sie zu kontrollieren, sie sich zu unterwerfen, das heißt, Professor Habermas, Ihr begriffloser Objektivismus erschlägt das zu emanzipierende Subjekt. Die Mechanisierung des Arbeitsprozesses mußte den Anteil der gelernten Arbeiter an der gesamten industriellen Arbeit zwangsläufig verringern. Parallel dazu wächst aber die Bedeutung und Unentbehrlichkeit der zahlenmäßig verringerten, gelernten Schicht, der technischen und ökonomischen Intelligenz für den gesamten gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß. Diese Verwissenschaftlichung des Produktionsprozesses ist auch die Grundlage einer

neuen Funktionsbestimmung der Universität durch den Spätkapitalismus, ist Ausgangspunkt einer antiautoritären Politisierungsmöglichkeit der Universität durch uns. Das in den letzten Jahren sprunghaft gestiegene Interesse der herrschenden Unordnung bezüglich der Reform der Universität gewinnt seinen materialistischen Begründungszusammenhang in der oben skizzierten ökonomischen Entwicklung. Die objektiven Anforderungen der Gesellschaft an die Universität, die aus dem Wachstum und Wandel der ökonomischen Situation der BRD hervorgehen, bedürfen zum vollen Verständnis auch der Reflexion über die Entwicklung der studentischen Organisationen und der universitären Hierarchie, durch deren Dynamik die ökonomischen Notwendigkeiten sich durchsetzen sollen. Wir nehmen dafür die FU, ihr Berliner Modell, den erreichten Stand der Politisierung der Studentenschaft, den Stand der Auseinandersetzung mit der Universitätsbürokratie, mit der »Öffentlichkeit«, als Ausgangspunkt der Analyse. Die kürzliche Urabstimmung, als vorletzter Höhepunkt der Auseinandersetzungen in Westberlin, dem bestimmt neue auf erweiterter Stufenleiter folgen werden, brachte einen zahlenmäßig knappen Erfolg des AstA, der aber erst dem wirklich klar wird, der begreift, daß es bei der Wahl nicht um Abwahl oder Anerkennung des AstA ging, sondern daß es darum ging, sich zu bekennen zur antiautoritären Tendenz oder zur autoritären Tendenz des Rektorats, damit waren nämlich in letzter Konsequenz die entscheidenden gesellschaftlichen Grundfragen unter hochschul-politischen Vorzeichen an der Tagesordnung, d. h. wir haben die entscheidende Frage gestellt nach Mündigkeit oder Unmündigkeit des Studenten in unserer Universität. Das Ergebnis war paradox. Die gesamtgesellschaftliche Bewußtlosigkeit der systematisch entmündigten Massen, die periodisch in den Wahlen den Beweis ihrer geistigen Reduziertheit antreten dürfen, reproduzierte sich nicht. Fast fünfzig Prozent der Studenten stimmten für das antiautoritäre Lager. Wie kam es zu diesem überraschenden Ergebnis, was bedeutet es für die Bundesrepublik, welche Schlußfolgerungen sind daraus zu ziehen? Sind die FU-Zustände Anachronismus, oder stellen sie vielleicht die Zukunft der deutschen Universität dar? Die entscheidende politische Verschiebung im Politisierungsprozeß an der Freien Universität erfolgte in den Jahren 1963/66. Viele Faktoren wurden schon genannt, einige meiner Meinung nach entscheidende wurden ausgelassen. So, u. a., daß der Ausgangspunkt der Politisierung eines Teils der Westberliner Studentenschaft Aktionen auf der Straße gegen Tschombé, Verwoerd u. a. Regime der dritten Welt waren. Und das ist von entscheidender Bedeutung darum, meine Damen und Herren, weil diese Aktionen, die wir durchführten, Aktionen waren, die Resultat einer rationalen Bewältigung des zur damaligen Zeit diskutierten Protestproblems darstellten. Wir hatten in monatelanger Diskussion theoretisch herausgearbeitet, daß die bürgerliche Demokratie, in der wir leben, sich gerade dadurch auszeichnet, daß sie es dem Lord gestattet, mit seinem Hund spazieren zu gehen und so auch den Vietnam-Protesten den Weg zur Verfügung stellten und die Kanalisierung des Protestes durchführt. Aus dieser theoretischen Einschätzung

der Integrationsmechanismen der bestehenden Gesellschaft ist es für uns klargeworden, daß die etablierten Spielregeln dieser unvernünftigen Demokratie nicht unsere Spielregeln sind, daß Ausgangspunkt der Politisierung der Studentenschaft die bewußte Durchbrechung dieser etablierten Spielregeln durch uns sein mußte. Diese theoretische Diskussion über die Möglichkeiten, den Protest zu integrieren und die direkte und richtige, weil historisch mögliche Solidarisierung mit den kämpfenden Völkern zu verhindern, war Ausgangspunkt von praktischen Aktionen auf der Straße, die allerdings noch andere Faktoren mitbedingten, daß wir es zu einer Politisierung an der FU brachten. So zum Beispiel, um das nur der Vollständigkeit halber hinzuzufügen, daß die Zahl der Studenten immer größer wurde, die Qualität der Vorlesungen und Seminare in Folge bürokratischer Verpflichtungen der Professoren immer schlechter wurden. Ein anderes wichtiges Moment der Politisierung war, daß das latente und ganz abstrakte Unbehagen über die bestehende Ordnung, die Erfahrungen auf der Straße, die Aufklärung in den Veranstaltungen, der Druck von außen und die bewußte oder unbewußte Überzeugung, daß die bestehende Gesellschaft an den persönlichen, seelischen und körperlichen Verkrüppelungen Schuld trägt, eine psychische Disposition schufen, die starke antiautoritäre Elemente und Tendenzen in sich trug, in sich trägt. Hinzu kam als letzter und sehr wesentlicher Punkt, daß der AstA der FU sich der allgemeinen Politisierungstendenz nicht entziehen konnte, er wurde immer mehr mitgestaltender Motor in der weiteren Auseinandersetzung mit der Administration. Über Rolle, Funktion und Möglichkeiten des AstA muß ich noch etwas sagen, denn das scheint mir von wesentlicher Bedeutung für die eventuelle Politisierung der westdeutschen Universitäten zu sein. Der AstA ist meiner Ansicht nach das einzige Moment innerhalb der hierarchischen Gliederung der Universität, wo sich ein relatives, immer wieder erneut herzustellendes Vertrauen zwischen den Funktionären und der Studentenschaft herstellen kann. Hier ist auch die schwächste Stelle der autoritären Gesellschaft. Die Bürokratisierungstendenz des AstA und die unpolitische Haltung der Mehrheit der Studentenschaft bedingen sich wechselseitig. Die Aufgabe der linken Studentenverbände besteht gerade darin, eine der beiden Seiten stärker zu politisieren, um die Bewußtseinschärfung größerer Teile der Studentenschaft zu ermöglichen. Hinzu kommt, daß die studentische Basis nicht wie bei den Parteien des Faschismus, des autoritären Staatskapitalismus und des Stalinismus materiell von der etablierten Führung abhängig ist. Einem kritischen Dialog zwischen den mündigen Teilen der Studentenschaft und ihren temporären Vertretern, die in der Tat keine Berufspolitiker sind, steht prinzipiell nichts im Wege. Diese, in der Gesellschaft schon längst abgeschaffte Möglichkeit, ist unser größter Schutz gegen die autoritären Anforderungen von Seiten der Universitätsbürokratie und der Gesamtgesellschaft. Die Sit-ins und Teach-ins sind politische Kampagnen, um die Aktionseinheit des antiautoritären Lagers mit seinen temporären Vertretern zu ermöglichen. Wir sollten uns darüber klar sein, daß der Staat und sein verlängerter Arm, die

Universitätsbürokratie, weder in der Bevölkerung noch im autoritätsfixierten Lager der Universität eine aktive und tätige Massenbasis gegen uns haben. Die Mobilisierung der Pseudoöffentlichkeit der Massenmedien gegen uns ist unvermeidbar, aber relativ unwichtig. Wir dürfen uns nicht über Springer und Co. definieren. So bleibt den bei uns Herrschenden nur die polizeiliche und bürokratische Gewalt, wie wir sie in den letzten Wochen, von Tag zu Tag mehr am Berliner Campus verspürten, von der sie auch über kurz oder lang wieder Gebrauch machen werden. Die bewußteste und aktivste Opposition gegen die Entdemokratisierung der Gesellschaft geht von der Universität aus. Die tendenzielle Beseitigung der studentischen Opposition durch exemplarischen Polizeiterrord, durch Bestrafung und Relegierung sogenannter Rädelsführer muß von uns als Angriff auf die bedeutendsten Ansätze demokratischen Bewußtseins nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland angesehen werden und mit adäquaten Aktionsformen beantwortet werden. Die staatliche Gewaltmaschine, die Bürokratie und die Exekutive, sind die selbstverständlichen Hüter der Ordnung, Ruhe und Sicherheit der bestehenden Herrschaft. Jede Bewegung politischer Gruppen, die die Notstandspielregeln der unvernünftigen Ordnung nicht mehr akzeptieren, wird von ihr als direkter Angriff auf die bestehende Ordnung angesehen und das ist richtig. Wir sehen das täglich jetzt in Westberlin und dennoch sind wir illusionslos genug, einzusehen, daß wir nichts anderes in der nächsten Periode als eine Vergrößerung des antiautoritär-realdemokratischen Lagers in und außerhalb der Universität erreichen können, und das wäre schon sehr viel. Sie sehen, wie sehr die Herrschenden um ihre Sicherheit zu fürchten beginnen. Das kann man in Berlin geradezu exemplarisch in diesen Tagen erfahren. Wer gestern die Parlamentsdebatte gehört hat, dürfte damit übereinstimmen. Sie beginnen sich dann zu fürchten, sobald eine radikaldemokratische Opposition, vermittelt durch rationelle Bewältigung der Problematik, politische Praxis gegen undemokratische Herrschaftsfunktionen beginnt und dazu gehören praktische Proteste gegen die der Integration und Anpassung der Bevölkerung dienenden Staatsbesuche. Und es zeigte sich bei uns in Westberlin, daß die Phase der direkten Auseinandersetzung mit der etablierten Ordnung auch die festen Organisationen der Studentenschaft, wie AstA, SDS, SHD, LSD u. a. unterläuft. Daß allein die praktisch, kritische Entfaltung der bewußtesten Teile der Studentenschaft durch entstehende Aktionszentren eine politische Kontinuität der Auseinandersetzung unter größter Beteiligung der Studentenschaft ermöglicht, was unter SDS-Flagge, AstA-Flagge, LSD-Flagge, oder was auch immer unmöglich ist, darum Aktionszentren zur Kontinuität der politischen Arbeit an der Universität, wir sind mit unseren Aktionszentren in Westberlin jetzt schon über eine Woche tätig, das ist der längste Zeitraum wirklich massenhafter, politischer Kontinuität, die wir je in Westberlin gehabt haben, wir haben die Hoffnung, daß diese räteartigen Gebilde an allen westdeutschen Universitäten in den nächsten Tagen gegründet werden, denn die rationale Bewältigung der Konfliktsituation in der Gesellschaft impliziert konstitutiv die Aktion, wird

doch Aufklärung ohne Aktion nur zu schnell zum Konsum, wie Aktion ohne rationale Bewältigung der Problematik in Irrationalität umschlägt. Ich fordere alle westdeutschen Studenten auf, umgehend Aktionszentren in den Universitäten der BRD aufzubauen:

a) für die Expandierung der Politisierung in Universität und Stadt durch Aufklärung und direkte Aktion; sei es gegen Notstand, NPD, Vietnam oder hoffentlich bald auch Lateinamerika. Ich fordere die Aktionszentren auf, daß sie koordinierte politische Aktionen in der ganzen Bundesrepublik und Westberlin in den nächsten Tagen und Wochen mobilisieren, denn es geht darum, daß wir für Dienstag in Westberlin eine Demonstration beantragt haben zur Aufhebung des Demonstrationsverbotes. Sollte diese einberufene Demonstration nicht gestattet werden, so haben wir bei uns beschlossen, daß unmittelbar nach Verbot der Demonstration über Kampfaktionen gegen dieses Demonstrationsverbot beraten wird und darüber entschieden wird, und wir wären sehr froh darüber, wenn Dienstag westdeutsche Aktionszentren in Westberlin wären, um dort gemeinsame Aktionen zu beschließen und im ganzen Bundesgebiet durchzuführen.

Zwischenfrage

Ich bin der Meinung, daß bei dieser einen Gelegenheit in der in Westberlin trotz des Demonstrationsverbotes eine Demonstration durchgeführt werden soll, daß es da vielleicht möglich sein kann, Aktionskomitees, in der Form, wie sie jetzt in Westberlin eine Woche bestehen, auch an den westdeutschen Universitäten zu statuieren. Ich bin aber nicht der Meinung, daß dies Rezept des Aktionskomitees sich ohne weiteres auf westdeutsche Universitäten übertragen läßt, weil an westdeutschen Universitäten nicht eine solche Situation besteht, wie in Westberlin. Ich frage Herrn Dutschke, ob nicht die eingefahrenen Institutionen in Westdeutschland wie ASTA, SDS usw. noch viel besser arbeiten könnten als irgendwelche Aktionskomitees, die doch nichts tun würden wahrscheinlich?

Rudi Dutschke

Ich denke, daß die etablierten Organisationen an den westdeutschen Universitäten nicht in der Lage sein werden, eine breite Basis, wie sie in den letzten Tagen an den westdeutschen Universitäten, wie in München, Hannover oder Göttingen vorhanden war, zu tragen, daß allein Aktionszentren eine breite Basis jenseits der kleinen aktivistischen Gruppen ermöglichen können und darum der Vorschlag, in den nächsten Tagen für Dienstag spezielle Aktionszentren oder Aktionskomitees nach Westberlin zu schicken, um diesen Prozeß der Politisierung von Westberlin in die Bundesrepublik hineinzutragen.

Bahman Nirumand

Am 21. Januar 1962 hatten die Studenten der Universität Teheran eine Protestdemonstration gegen die Gefangennahme demonstrierender Oberschüler angekündigt. Vor Beginn der Veranstaltung riegelten starke Polizeieinheiten das Hochschulgelände hermetisch ab, drangen, nachdem die Demonstration schon einige Stunden im Gang war, in die Universität ein und griffen die Studenten drei Stunden lang mit Gummiknüppeln, Tränengas und Wurfgeschossen an. Danach mußten zweihundert Studenten ins Krankenhaus, zweihundertvierzig weitere ambulant behandelt werden und ein Student wurde von einem Polizisten bei dieser Demonstration erschossen.

Am 2. Juni 1967 veranstalteten Studenten der FU in Westberlin eine Protestdemonstration gegen den Schah von Persien. Nach Beendigung der Demonstration umzingelten starke Polizeieinheiten die Demonstranten, forderten sie dann zum Weitergehen auf und knüppelten endlich hemmungslos auf die zusammengedrückte, wehrlose Masse ein. Als es einem schwer mißhandelten Studenten gelang zu entfliehen, wurde er von einem Polizeibeamten durch einen Steckschuß in den Hinterkopf erschossen. Nachrichten über Unterdrückung und Terrorakte in der Dritten Welt gelten als normal. Sie schrecken den friedlichen und freien Zeitungsleser des freien Westens nicht auf. Daß in den armen Ländern die Gewalt herrscht, ist ein Naturzustand, den die Unterdrückten als Schicksal hinzunehmen haben und den Bürger der Nationen mit freiheitlich-demokratischer Grundordnung als den unumgänglichen Tribut erkennen, den eine forcierte Entwicklung der Unterentwickelten zum Kapitalismus fordert. In der freien Welt so läßt es sich erleichternd feststellen, ist die Gewalt der Vernunft gewichen. Diese Vernunft hilft den armen Ländern, perfektioniert die Technik, fördert die Wohlfahrt und ist vor allem der Garant der Freiheit. Daß die Hilfe dazu bestimmt ist, die armen Länder auszubeuten, daß die Technisierung in eine Richtung gelenkt wird, die die Menschen verkrüppelt und daß schließlich Wohlfahrt und freiheitliche Ordnung nur ein Raffinement zur